

Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmungen vom 18. Mai 2014
Für Rückfragen	Peter Ammann, Co-Präsident glp Stadt Bern; 079 222 71 90
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6414, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	02. Mai 2014

Parolen zur Gemeindeabstimmung vom 18. Mai 2014

Die Grünliberalen (glp) Stadt Bern unterstützen die Forderung nach mehr erschwinglichem Wohnraum in der Stadt Bern. Sie erachten die Wohn-Initiative jedoch als unausgereiftes Mittel, das zu wenig Anreize für eine auch unter ökologischen Gesichtspunkten nachhaltige Wohnbaupolitik schafft. Angesichts dieser Mängel beschlossen sie Stimmfreigabe zur Wohn-Initiative. Zum neuen Tierparkreglement haben die Grünliberalen die Ja-Parole beschlossen.

Die Grünliberalen erachten eine städtische Wohnpolitik für notwendig und die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus für ein sinnvolles Instrument zur Linderung der Wohnungsnot. Nach ihrer Ansicht muss eine nachhaltige Förderung von erschwinglichem Wohnraum aber zwingend mit Anreizen zum sparsamen Umgang mit dem knappen Boden verknüpft werden. Die Wohn-Initiative erfüllt diese Forderung nicht, weil sie keine Anlagekostenlimite vorsieht und unzureichende Vorgaben zur Verdichtung enthält. Die Initiative würde dadurch ermöglichen, dass durch gemeinnützige Wohnbauträger auch Luxusprojekte mit hohem Flächenverbrauch realisiert würden. Angesichts dieser Mängel erachten die Grünliberalen den mit der Initiative verbundenen Eingriff in die Eigentumsrechte als zu wenig gerechtfertigt. Eine Mehrheit der Anwesenden an der erweiterten Vorstandssitzung vom 1. Mai lehnte die Initiative deshalb ab. Weil die Grünliberalen das Grundanliegen der Wohnbauförderung aber unterstützen, beschlossen sie für die Gemeindeabstimmung vom 18. Mai Stimmfreigabe.

Ja sagt die glp zum neuen Tierparkreglement. Sie empfiehlt diese Vorlage zur Annahme, weil die darin vorgesehene Sonderrechnung für die Tierparkanlagen eine stärkere finanzielle Beteiligung von Privaten ermöglicht und umgekehrt verhindert, dass Spendengelder in die Stadtkasse fliessen. Dies erachten die Grünliberalen als finanzpolitisch sinnvoll.